

Bürgerinformationsversammlung: Land, Stadt und Planungsbüro berichteten im Rathaus über den derzeitigen Stand der Hochwasserschutzkonzeption

Bei Bürgern herrscht breiter Konsens für Konzept

Stadt, Regierungspräsidium und Planungsbüro stellten am Dienstag im Dittigheimer Rathaus die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen vor und stellten sich den Fragen der Bürger.

Von unserem Redaktionsmitglied Harald Fingerhut

DITTIGHEIM. „Wir sind heute hier, um Sie über den derzeitigen Stand der Hochwasserschutzkonzeption für Ihr Dorf zu informieren und die immer wieder auftauchenden Fragen zu klären“, umschrieb Tauberbischofsheims Bürgermeister Wolfgang Vockel Sinn und Zweck der Zusammenkunft. Gleichzeitig stellte er auch unmissverständlich fest: „Nur wenn wir heute auf einen Nenner kommen und in der Bürgerschaft eine breite Zustimmung für das Konzept herrscht, können wir weitermachen, die nächsten Schritte einleiten.“ Das Land Baden-Württemberg stelle die Mittel nur dann bereit, wenn ein klares Bekenntnis zum Hochwasserschutz vorliegt. „Ein vielleicht oder eventuell könnten wir, akzeptiert das Land nicht, von Seiten Dittigheims muss ein klares und eindeutiges Ja in Stuttgart zu vernehmen sein“, so der Rathauschef.

Kein Spielraum

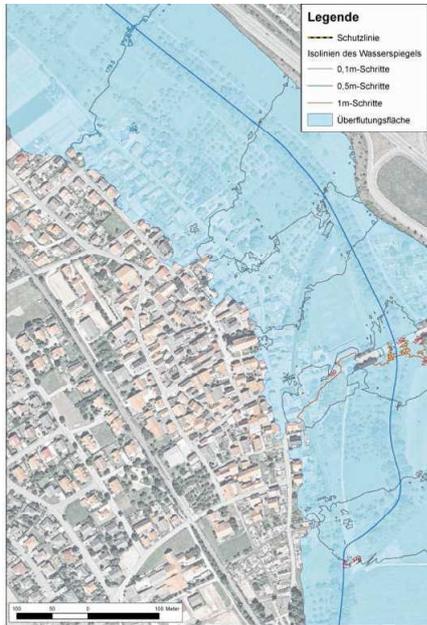
Das es bei den notwendigen Maßnahmen eigentlich keinen Spielraum oder Korrekturmöglichkeiten gibt, machte Heiko Lehmann vom Regierungspräsidium Stuttgart, Landesbetrieb Gewässer, deutlich: „Der Hochwasserschutzkonzept zum Schutz vor einem 100-jährigen Ereignis wird immer die Hochwasserfahrplankarte zugrunde gelegt“, führte der Experte aus. „Daraus ergeben sich dann die Höhen und Ausmaße der notwendigen Bauten, und daran kann nicht gerüttelt werden.“

Momentan Bauverbot

„Nur wenn wir einen Schutz für ein 100-jähriges Ereignis erreichen, wird der Unterort von Dittigheim nicht mehr als Überschwemmungsgebiet geführt“, ergänzte Bürgermeister Wolfgang Vockel.

„Nur so bekommen wir alle Beschwerden und Nachteile, die das Werk, weg, momentan können wir dort nichts bauen, nicht einmal einen Schuppen, ohne für Ausgleich für die wegfallende Retentionsfläche an anderer Stelle zu sorgen.“ Im derzeitigen Stand herrsche im Prinzip Bauverbot.

„Man braucht dann auch nicht darüber nachzudenken, ob man mit



Gegenwart und Zukunft: Das linke Bild zeigt die Überschwemmungssituation in Dittigheim bei einem 100-jährigen Hochwasser, wie sie sich zurzeit darstellt. Das rechte Bild zeigt die Situation, wie sie nach der Realisierung der Hochwasserschutzmaßnahmen sein wird. Die roten Linien markieren den Damm, der bis zu 2,80 Meter hoch wird, die dünne schwarze Linie stellt die Spundwand dar.



GRAFIKEN: PLANUNGSBÜRO IBI

der Turnhalle etwas machen kann“, so der Rathauschef.

Auf die geplanten Maßnahmen und Bauwerke ging Thomas Scheidler vom Planungsbüro IBI ein (Details siehe Infobox). Die hauchdünnen Maßnahmen beginnen am Fußweg vom Ort zum Wehr mit einer Spundwand und setzen sich auf der Liegewiese mit einem Damm bis zur Straße an der Turnhalle fort. „Die Höhe der Straße markiert auch die Höhe des Damms an dieser Stelle“, erklärte Scheidler.

Mobiles System am Radweg

Am Sportgelände wird aufgrund der Enge ebenfalls eine Spundwand errichtet. Danach folgt wieder ein Damm, der eine Höhe bis zu 2,80 Metern aufweisen wird. Er liegt bis zum Ende der Wohnbebauung parallel zum Flussbett der Tauber und knickt dann im rechten Winkel Richtung Berg von der Tauber weg ab.

„Im Bereich des Radweges wird er noch eine Höhe von rund zwei Metern haben“, so der Planer. „Deshalb werden wir den Radweg an dieser Stelle um rund einen Meter anheben, damit das mobile System, mit

dem wir den Durchlass im Hochwasserfall verschließen, besser und schneller zu installieren ist.“ Bei normalem Pegelstand sei der Radweg natürlich offen und befahrbar.

Thomas Scheidler ging auch noch darauf ein, wie der Betrieb des Mühlkanals geschützt wird und erklärte, warum keine Maßnahmen gegen das Druckwasser (Grundwasser) bei Hochwasser ergriffen werden.

„Wenn wir durch Abriegelung den Druck des Grundwassers vermeiden, schaffen wir ein Feuchtbereich, das wir das ganze Jahr, wenn die Tauber normalen Wasserstand hat, permanent entwässern müssen, weil das Regenwasser nicht mehr versickern und abfließen kann“, erläuterte Bürgermeister Wolfgang Vockel auf Nachfrage.

Kritikpunkte

„Wenn sie solche Riesendämme in die Landschaft bauen, ist es vorbei mit dem lieblichen Taubertal“, kritisierte ein Bürger.

Woraufhin ein anderer Anwohner eine ganz andere Meinung vertrat: „Wenn die Dämme vernünftig gebaut werden, gliedern sie sich in die Landschaft ein und sind nicht so dominant, wie es die Höhen vermuten lassen.“

Unterschiedliche Meinungen herrschen auch zum Damm auf der Liegewiese vor. Ein Bürger hätte gern den Damm weiter zur Tauber hin verschoben. Er befürchtete, dass die als Retentionsfläche vorgesehene Liegewiese nach einem Hochwasser mit Schlacke und Moder verunreinigt werde. Dies sei aus hygienischen Gründen nicht gut.

Dem widersprach ein anderer Dittigheimer. Er sei seit Jahrzehnten permanent am Wehr zum Baden und habe noch nie eine Verunreinigung nach einem Hochwasser feststellen können. Im Gegenteil, nach Überflutungen sei die Wiese sauberer als zuvor gewesen. Auf Nachfrage aus der Bürgerschaft erklärte Heiko

Lehmann, dass man für die Aufschüttung der Dämme Erde verwenden wird, die man bei der Renaturierung der Tauber zwischen Tauberbischofsheim und Impingen zur Seite gelegt habe. Auch in Dittigheim wurde der Wunsch geäußert, dass eine Renaturierung der Tauber erfolgen solle. „Das wäre sicherlich wünschenswert, wenn man sieht, was Richtung Impingen entstanden ist und wie gut es von der Bevölkerung als Naherholungsgebiet angenommen wird“, meinte Bürgermeister Wolfgang Vockel. „Aber das hängt vor allem von der finanziellen Situation des Landes ab.“

Kanalnetz

Der Leiter des Tiefbauamtes, Zoltan Szlaninka, wies daraufhin, dass die Stadt nur für den Schutz des Kanalnetzes bei Hochwasser zuständig sei. Die Hauseigentümer jedoch müssten Vorkehrungen treffen, etwa durch ein Rückstauventil, das kein Wasser bei ihnen in die Keller läuft. „Es gibt auf der ganzen Welt kein Kanalnetz, das Hochwasser fassen kann“, machte er deutlich. Deshalb könne man das in Dittigheim auch

Fakten und Zeitplan

- Für den Hochwasserschutz in Dittigheim für ein 100-jähriges Ereignis werden auf einer Länge von 800 Metern **Dämme** gebaut. Sie werden bis zu 2,80 Meter hoch.
- Auf einer Länge von 250 Metern werden **Spundwände** errichtet, die eine Höhe zwischen 0,95 und 1,70 Metern haben werden.
- **Stahlbetonwände** wird es auf einer Länge von 70 Metern mit Höhen zwischen 0,30 und 1,70 Metern geben.
- Es werden an **Durchfahrten** (Beispielsweise Radweg) **vier mobile Systeme** errichtet.
- Es werden zudem **zwei Hochwasserpumpwerke** installiert.
- Am **Mühlkanal** soll es zwei **Hochwasserhubschütze** geben. Zudem soll beim Mühlkanal eine **Betonanierung** erfolgen.
- Das **Kanalnetz** soll durch Rückstausicherung, Schächte, Regenüberlaufbecken und Hebewerk geschützt werden. Gegebenenfalls abdichten.
- Die Sicherung des **Wiesenwasserkanals**, gegebenenfalls mit Dichten, ist vorgesehen.
- **Zeitlicher Ablauf:** Anfang/Mitte 2018 Planung der Maßnahme, Ende 2018/Anfang 2019 Wasserrechtliche Genehmigung einholen; Ende 2018/Anfang 2019 Realisierung des Konzepts, sofern Haushaltsmittel vorhanden; 2020/21 Fertigstellung. *hut*

nicht so ausrichten, dass es die Wassermasse fassst.

Im Dittigheim zu entlasten, sollen schon entsprechende Schächte in Distelhausen installiert werden, ergänzte Thomas Scheidler.

Als der Rathauschef am Ende der Informationsversammlung die über 100 anwesenden Bürger fragte, ob sie mit der vorgestellten Planung übereinstimmen, meldete nicht einmal eine handvoll Bedenken an. Die überwiegende Mehrheit äußerte sich positiv und machte deutlich, dass sie eine schnelle Umsetzung des Maßnahmepakets wünschen.

„Bleib abschließend nur noch die Grundstücksfrage. Alle Grundstückseigentümer haben mir schriftlich ihr Einverständnis gegeben, dass sie ihre Flächen für die Bauarbeiten zur Verfügung stellen oder uns verkaufen“, meldete Ortsvorsteher Elmar Hilbert Vollz. Die Hausaufgaben seien gemacht. Auch er plädierte für eine schnelle Umsetzung des vorgestellten Konzepts.

Bürgermeister Wolfgang Vockel wertete dies als klares Votum für die Planung. „So können wir die weiteren Schritte einleiten.“

Paritätischer Wohlfahrtsverband: Mitglieder trafen sich zur Hauptversammlung in Tauberbischofsheim bei der Jugendhilfe Creglingen

Planungsunsicherheit bereitet große Sorgen

MAIN-TAUBER-KREIS/TAUBERBISCHOFSHHEIM. Mitte Oktober trafen sich die Mitglieder des Kreisverbandes des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in den Räumlichkeiten der Jugendhilfe Creglingen in Tauberbischofsheim zur Hauptversammlung.

Zunächst stellte sich die gastgebende Einrichtung vor. Werner Fritz, der Geschäftsführer der Jugendhilfe Creglingen, berichtete über die Jugendhilfeeinrichtung, die ihren Hauptsitz in Creglingen hat. Mittlerweile erstreckt sich die Angebotspalette über den gesamten Main-Tauber-Kreis, Würzburg und Rothenburg/Ansbach.

Sämtliche Leistungen der Jugendhilfe werden angeboten. Von der vollstationären Hilfe bis zu niederschwelligen Angeboten, wie die Schulsozialarbeit. In Tauberbi-

schofsheim hat die Jugendhilfe Creglingen vier vollstationäre Wohngruppen.

Im Anschluss stellten sich die Anwesenden und ihre Mitgliedsorganisationen kurz vor. So zum Beispiel die Rheumaliga Bad Mergentheim mit ihren Gesundheitsangeboten. Sprungbrett bietet Freizeitgestaltung im Rahmen der offenen Hilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Reittherapie für Körperbehinderte an.

Der Schwesternverband als Träger von vier Altenpflegeheimen im Main-Tauber-Kreis und die VPO Gemeinnützige Gesellschaft für offene Psychiatrie im Main-Tauber-Kreis als Anbieter von Wohngemeinschaften für psychisch kranke Menschen und Tagesstätten stellen sich ebenfalls vor. Weitere Mitgliedsorganisationen sind hier im Kreis beispiels-

weise DLRG, Arbeiter-Samariter-Bund und der Sozialverband VDK.

Werner Fritz, der ebenfalls Geschäftsführer des Kreisverbandes des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist, führte weiter durch die Tagesordnung. Er berichtete von Treffen des Jugendhilfeausschusses und den Sitzungen der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände. Das Bundesteilhabegesetz, die Flüchtlingspolitik und Wohnraumbeschaffung auf dem Land für Menschen mit niedrigem Einkommen beschäftigten die Gremien.

Die anwesenden Einrichtungen berichteten von Unklarheiten und Planungsunsicherheit bei der Umsetzung des neuen Bundesteilhabegesetzes und regten ein zeitnahes Treffen mit der Sozialdezernentin des Landkreises an. Zudem wäre es erstrebenswert, eine eigene Kreisge-

schäftsstelle vor Ort zu haben. Einen kurzen Einblick in die Arbeit des Paritätischen auf Regionalebene gab Fr. Czubatsinski aus Heilbronn. Sie betonte der Verband sei nur so stark wie seine Mitglieder und warb um mehr Mitarbeit im Verband. Zum Abschluss stand die Wahl für den zweiten Sitz des Paritätischen in der Liga der Wohlfahrtsverbände an, da die bisherige Kandidatin ausgeschieden ist. Einstimmig gewählt wurde Alfred Wolfert von der VPO.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist ein Zusammenschluss von freien gemeinnützigen sozialen Organisationen mit dem Ziel zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch, Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Interessensvertretung. Der Verband ist weder weltanschaulich noch konfessionell gebunden. Man ist allerdings von Werten wie Toleranz, Offenheit und Respekt allen gegenüber geprägt. Gemeinsam setzt man sich für die Zielgruppen ein, die sonst oftmals kein Gehör in der Gesellschaft finden würden. Beispielsweise versucht man Familien zu stärken, Armut zu bekämpfen, Menschen im Alter zu unterstützen, Gesundheit zu fördern, ein interkulturelles Miteinander zu ermöglichen und Sozialräume zu entwickeln.

Ein übergeordnetes Ziel stellt die Gleichwertigkeit aller und die Inklusion, das heißt die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen in der Gesellschaft, dar.

Den Paritätischen gibt es in allen Bundesländern und er wird regional nochmals in Kreisverbände aufgeteilt, um vor Ort bestmöglich tätig zu sein. Der Kreisverband Main-Tauber hat derzeit rund 35 Mitgliedsorganisationen.

Mail an uns: red.tbb@fnweb.de

Polizeibericht

Roten Hubwagen „mitgenommen“

TAUBERBISCHOFSHHEIM. Mit einem roten Hubwagen sind Unbekannte am Montag im Zeitraum von 15.15 bis 17.15 Uhr geflüchtet.

Standort Straßenrand

Das Transportgerät stand auf dem Grünstreifen des rechten Fahrbahnrandes der Bundesstraße 290 zwischen dem Bahnhofsberg bei Gerlachshausen und der Kreuzung mit der Landesstraße 512 in Richtung Grünstfeld bei Distelhausen.

Zeugen des Diebstahls sollten sich beim Polizeirevier Tauberbischofsheim, unter Telefon 09341/810 melden.